

Fachbereich Öffentliches Recht,  
Völker- und Europarecht

**Verfassungs-  
und Verwaltungsrecht**

Univ.-Prof.

**Dr. Benjamin Kneihs**

Kapitelgasse 5-7  
5020 Salzburg, Austria

Tel. +43 (0)662 8044-3611  
Fax +43 (0)662 8044-303  
EMail: Benjamin.Kneihs@sbg.ac.at  
<http://www.uni-salzburg.at/vvr/kneihs>

Salzburg, den 8. März 2017

## **Profilbildung Fachbereich Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht**

Die Entwicklungsplanung für die Paris Lodron Universität Salzburg verlangt eine genaue Bestimmung des Standortes und der Perspektiven jedes Fachbereiches. Am Fachbereich Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht sind in den vergangenen Jahren mit den Nachfolgen Schäffer, Wiederin, Karl, Kirchmayr, Berka und Stolzlechner praktisch alle Professuren neu zur Besetzung gelangt; mit den Nachfolgen Eilmansberger, Müller und Griller werden in der laufenden und der kommenden Planperiode endgültig alle Professuren des Fachbereichs neu besetzt. Damit und darüber hinaus strebt der Fachbereich einen Ausbau seiner völker- und europarechtlichen Kompetenz an.

Aus allen diesen Gründen möchte der Fachbereich sein Forschungsprofil schärfen und seine Aktivitäten bündeln und vernetzen.

Ziel dieser Schwerpunktbildung ist es, die wissenschaftlichen Anstrengungen der Mitglieder des Fachbereichs zu konzentrieren, im Außenauftritt sichtbar zu machen sowie in der Drittmitteleinwerbung planvoll vorzugehen. Im Rahmen der Schwerpunktbildung sollen Kooperationen innerhalb des Fachbereichs und nach außen angestoßen sowie Standort und Perspektive für den Fachbereich im Rahmen der Entwicklungsplanung deutlich werden. Die Wissenschaftsfreiheit der Angehörigen des Fachbereiches wird dadurch nicht berührt. Jedes Mitglied des Fachbereiches ist auch weiterhin vollkommen frei, zu Themen oder mit Methoden zu arbeiten, die außerhalb des skizzierten Rahmens liegen. Die Formulierung dieser Felder ist bloß, aber immerhin als Einladung zu verstehen, einzeln oder mit anderen in den genannten Feldern aktiv zu sein.

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs individueller und kollektiver Identitäten in einem zunehmend „glokalisierten“, teils nur noch virtuellen Raum, in dem Verunsicherung um sich greift, in deren

Folge sich Individuen und Entitäten re-orientieren und re-definieren. Kennzeichen dieses Prozesses ist es, dass Grenzen aller Arten überwunden und in Reaktion darauf andernorts oder andersartig erneut errichtet werden. Ob es um Migrationsströme, Freihandelsabkommen oder technischen bzw technologischen Fortschritt geht: Die bisher fest stehenden Orientierungen haben ihre Funktion in der jüngeren Zeit weitestgehend verloren. Als Antwort darauf gibt es überall auf der Welt die Tendenz zum Rückzug: Ins Private, Nationale, Regionale und Lokale: Freihandelsabkommen werden gekündigt, Großbritannien tritt aus der EU aus und ausgehend von Deutschland werden Dienste der Daseinsvorsorge zunehmend re-kommunalisiert. Aber auch auf die digitale Revolution und die Migrationsbewegung wird mit dem Versuch der Regulierung durch Datenschutz, Biotechnik- und Fremdenrecht reagiert. Abschottung und Desintegration sind die Folge eines verzweifelten Versuches, eine in Gefahr geratende Identität zu wahren oder doch zurück erobern zu wollen.

An dieser Entwicklung möchte der Fachbereich ansetzen und in den kommenden Jahren unter dem Titel

### **„Räume und Identitäten“**

folgende Forschungsfelder verstärkt bearbeiten:

#### 1. Gesellschaftlicher Wandel, zB mit den Subthemen

- Technologische Revolution und deren Folgen (insb Datenschutzrecht, Verankerung der Verantwortlichkeit für int. Datentransfer)
- Demographie (insb Migrationsrecht, Altersstruktur und Recht)
- „Diversity“ und „Equality“ (insb Nichtdiskriminierung, Förderung, Integration ... durch und im Recht)

#### 2. Markt und Macht, zB mit den Subthemen

- Wettbewerb und hoheitliche Lenkung (insb Vergabe-, Regulierungs- und Finanzmarktrecht, einschließlich neuer Organisations- und Handlungsformen der Wirtschaftssteuerung)
- Staatliche und private Akteure: Eine Neuvermessung von Staatsorganisation und Gewaltenteilung?
- Neue Welthandelsordnung und Europäische (Des-) Integration

Gemeinsam ist den Forschungsvorhaben in dieser Klammer der Zugang, vom (gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen) Problem her zu denken, für das in der Rechtsordnung Lösungen gesucht werden sollen. Gemeinsam ist auch der Ansatz, Völker- Unions- und innerstaatliche Rechtsordnung ganzheitlich im Blick zu haben; auf diese Weise sollen Kooperationen innerhalb des Fachbereichs gesucht und auch gefunden werden. Erwünscht ist aber auch der Austausch mit den jeweils entsprechenden angrenzenden Sozial-, Natur-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften sowie Kooperationen mit anderen, auch ausländischen Universitäten.

Im Rahmen dieser Forschungsfelder sollen Einzelpublikationen, Veranstaltungen, Konferenzen und Seminare, Sammelbände, die kooperative Einwerbung von Forschungsmitteln, aber auch Schwerpunktbildung in der Lehre wie etwa im Bereich des Datenschutzes forciert werden. Dabei wird auf Bestehendem aufgebaut: Die Doctorate School Plus „Perspektiven am Lebensende“ wird ebenso Teil der hoffentlich entstehenden, vom Fachbereich ausgehenden, über ihn aber hinaus reichenden Forschungsplattform sein wie die Doktoratsschule „Öffentliches Wirtschaftsrecht“, die gemeinsam mit den Universitäten Graz und Innsbruck sowie der WU nun schon im achten Jahr betrieben wird oder die Herausgabe der FABL, die ebenfalls schon seit langem an unserem Fachbereich beheimatet ist.

Weitere Initiativen werden folgen. Bei der Ausschreibung und Besetzung von Stellen wird darauf Wert gelegt, dass die gesuchten Personen bereit und in der Lage sind, einen Beitrag zu einem der hier vorgestellten Forschungsfelder zu leisten. Der Fachbereich soll auf diese Weise in den nächsten Jahren ein wahrnehmbares Profil entwickeln, das ihn von anderen vergleichbaren Einrichtungen unterscheidet und ihn zu einem unentbehrlichen und unverwechselbaren Teil der scientific community macht, der mehr ist als die Summe der Einzelaktivitäten seiner Angehörigen.

Vorbereitet von Ulrike Brandl, Günter Herzig, Dietmar Jahn, Reinhard Klaushofer, Benjamin Kneihs, Thomas Müller, Kirsten Schmalenbach und Teresa Weber; diskutiert und beschlossen im Fachbereichsrat am 7. März 2017.